Inhalt

heute.de computer

Startseite Schlagzeilen Politik Magazin ▶ Wirtschaft Sport Wetter Börse

ZDF heute

Sendungen von A-Z

▶ Podcast-Angebot ▶ heute-Telegramm

Bildschirmschoner

Nachrichtenbanner

heute als Startseite

▶ Mobil-Angebote

▶ WAP-Dienste

RSS-Angebot

Newsletter

▶ Sidebar

Service

heute-Nachrichten

ZDF.de Startseite / heute-Nachrichten / Computer

ZDFmediathek Wie Betrüger mit kostenloser Software

ZDFmediathek <mark>/ideo</mark> Mahnbescheid von Internet-Abzocker ▶ Video Abzocke mit Schecks

Die zehn größten Gefahren im Netz

Safer Internet Day: So surfen Sie sicher

Verbraucherzentrale Hamburg

OpenOffice warnt vor Abofallen

Das ZDF ist für den Inhalt externer Webseiten nicht

Wie man sich gegen Abofallen wehrt

▶ Werberichtlinien bei Google ▶ Web of Trust - WOT

Externe Links

zur ZDFmediathek

Kasse machen

Neue Abzockmasche leimt reihenweise Internetnutzer

von Alfred Krüger und Volker Heil

Internetbetrüger werden immer dreister. Sie werben bei Google mit Gratisprogrammen, täuschen ihre Opfer und schieben ihnen teure Abos unter. Der Nutzer merkt den Betrug erst, wenn die Rechnung kommt. Verbraucherschützer fordern schärfere Gesetze.

□ Drucken Versenden

31.03.2010 [Archiv]



Mahnbescheid von

Abzockern

Die Rechnung, die Annette M. (Name von der Redaktion geändert) vor einigen Tagen ins Haus flatterte, kam von der Antassia GmbH aus Mainz. "Sehr geehrte Frau M.", heißt es in dem Schreiben. "Wir freuen uns, dass Sie unseren Dienst (...) benutzen und bitten Sie daher, den folgenden Betrag zu überweisen." 96 Euro soll die Frankfurterin an die Mainzer Online-Firma zahlen. Das Unternehmen war Frau M. bis dato völlig unbekannt.

Ein Fall von vielen

Die Antassia GmbH ist anderer Meinung. Frau M. habe sich auf einer Webseite dieser Firma angemeldet und dort ein Abo abgeschlossen. Kosten für ein Jahr: besagte 96 Euro. Laufzeit: 24 Monate. Die Anmeldung sei vor zwei Wochen erfolgt, die Widerrufsfrist abgelaufen. "Sollten Sie den Betrag nicht innerhalb einer Woche überweisen, entstehen Ihnen zusätzliche Mahnkosten.'

Ein Fall von vielen, sagen Verbraucherschützer. Frau M. war auf einen jener Anbieter hereingefallen, die ihre Opfer mit vermeintlichen Gratis-Angeboten locken. "Viele Verbraucher rechnen nicht damit, für Dienste zahlen zu müssen, die es im Internet im Normalfall kostenlos gibt", sagen Verbraucherschützer. "Im guten Glauben geben sie ihren Namen und ihre Adresse an - und haben ein teures Abo abgeschlossen.'

Schärfere Gesetze gefordert Um die "rasante Ausbreitung so genannter Kostenfallen im Internet zu stoppen", setzt sich der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) für schärfere Gesetze gegen Abzocker ein. "Schwarz-Gelb hat versprochen, gegen die Online-Mafia vorzugehen", so Gerd Billen vom Vorstand des vzbv. Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) müsse nun dafür sorgen, dass die Koalition ihr Wort auch halte.

Im Einzelnen fordern die Verbraucherschützer eine Bestätigungslösung: Kosten, die bei Verträgen im Internet entstehen, sollten die Nutzer über einen auffälligen Button immer separat bestätigen müssen. Wer auf diesen Button klickt, gibt zu verstehen, dass er verstanden hat, dass es sich auf der fraglichen Webseite um ein kostenpflichtiges Angebot handelt. Die Bundesregierung hatte eine solche Regelung im Koalitionsvertrag angekündigt, seitdem jedoch erklärt, "zunächst Entscheidungen auf EU-Ebene abwarten zu wollen".

"Wir haben es in Deutschland mit einem spezifischen Problem zu tun, für das so schnell wie möglich eine spezifische Lösung gefunden werden muss", erklärte Billen. rbraucher dürfen im Internet nicht länger mafiösen Banden ausgesetzt sein."

"Ich hab bis jetzt gedacht, dass gerade mir so etwas nie passieren kann", erzählt Frau M. Sie sei den Umgang mit Computern gewöhnt und habe auch beruflich ständig mit dem Internet zu tun. Dennoch war Frau M. in die Abofalle getappt. Sie ging Internetabzockern auf den Leim, die ihre Opfer zurzeit mit einer neuen, ebenso perfiden wie lukrativen Masche locken.

"Jetzt downloaden!" Für viele Abzockopfer beginnt der Weg in eine Abofalle bei

Google. Wie Frau M. aus Frankfurt suchen sie nach kostenloser Software, nach dem "Windows Live Messenger" etwa oder nach dem populären OpenOffice. Webseitenbetreiber wie der Antassia-Geschäftsführer Alexander V. haben bei Google unzählige Anzeigen geschaltet, die mit diesen Programmen werben und Surfer in die Abofalle locken sollen.

Tipps von der Verbraucherzentrale Hamburg:

Die Webseiten der Abzocker, auf die man nach dem Klick auf

▶ In die Abo-Fall getappt? Was man nun tun

eine Google-Werbung kommt, machen einen sehr seriösen Eindruck. Die OpenOffice-Downloadseite der Antassia GmbH etwa informiert in sachlichem Tonfall über die Vorzüge des Programms und weist ausdrücklich darauf hin, dass die Software völlig kostenlos sei. "Jetzt downloaden", heißt es auf einem dicken roten Button.

Abo statt Büroprogramm Das klingt wie ein Befehl. Wer ihn befolgt, lädt sich nicht

OpenOffice, sondern ein Programm namens "Open-Office_de_register_setup.exe" auf den Rechner. Wird es per Mausklick aktiviert, öffnet sich ein Fenster mit einem Anmeldeformular, Überschrift: "Open Office Setup Anmeldung". Die Überschrift suggeriert dem Nutzer, er installiere gleich das kostenlose Programm und müsse sich jetzt nur noch rasch bei OpenOffice registrieren - ein Vorgang, der auch bei der Installation anderer Programme durchaus üblich ist.

Dass sich der Nutzer mit diesem Formular keinesfalls bei OpenOffice, sondern bei der Antassia GmbH anmeldet und ein 24-monatiges Abo für die Nutzung der Webseite "Top of Software" abschließt, wird ihm an keiner Stelle klar. Einen Kostenhinweis gibt es nur versteckt im Kleingedruckten oder in den AGB. Die aber schauen sich die wenigsten Nutzer an.

Google verdient mit Die Abzocker müssen für jeden Klick auf eine ihrer

Werbeanzeigen einen bestimmten Geldbetrag an Google überweisen. Indirekt verdient das Suchmaschinenunternehmen an dieser Abzockmasche also mit. Dabei gibt sich der werbefinanzierte Suchgigant in seinen Werberichtlinien ansonsten reichlich streng. Für hochprozentigen Alkohol, Waffen oder Zigaretten darf bei Google nicht geworben werden.

Die Werbung für Abzockseiten ist formal zwar ebenfalls verboten. Die Einhaltung des Verbots wird in der Praxis aber offenbar nicht kontrolliert.













🖶 Drucken 🖾 Versenden

zum Seitenanfang